

Pressemitteilung vom 29. Juni 2017

Fracking-Gesetz: Niedersachsen ist in der Pflicht

"Der BUND fordert ein Frackingverbot in Niedersachsen für alle Gesteinsarten. Wir fordern die niedersächsische Landesregierung auf, sich auch gegen das konventionelle Fracking auszusprechen", sagt Dorothea Steiner, Mitglied im Vorstand des BUND Niedersachsen. „Niedersachsen als Bundesland mit dem größten Erdgasvorkommen und den meisten Bohrungen hat hier eine besondere Verpflichtung und Verantwortung gegenüber Mensch und Natur.“

In einer Hauruck-Aktion wurde am vergangenen Freitag im Bundestag das Gesetz zum umstrittenen Fracking beschlossen – obwohl Grüne und Linke noch im April Anträge für ein Fracking-Verbot in den Bundestag eingebracht hatten, welche abgelehnt wurden. Da nur die Verordnung, nicht die Gesetze im Bundesrat zustimmungspflichtig sind, gibt es jetzt kaum noch Möglichkeiten, die Regelung zu verhindern – es sei denn, man hält am grundsätzlichen Moratorium fest, wie das Land Nordrhein-Westfalen. Damit werde die Verantwortung auf die Landkreise geschoben, kritisiert der BUND.

Bekannt ist, dass durch Fracking Gesundheitsgefährdungen von Menschen durch Schadstoffe, Erdbeben sowie eine Verseuchung von Trinkwasser drohen. Die rechtlichen Änderungen vom vergangenen Freitag verschärfen die bisherige Rechtssituation, so dass insbesondere in Niedersachsen die zu beteiligenden Unteren Wasserbehörden ihre Zustimmung aus Besorgnis einer Grundwassergefährdung versagen können. „Von der Möglichkeit eines Verbots von Probebohrungen beim unkonventionellen Fracking sollte Niedersachsen unbedingt Gebrauch machen“, so Steiner.